

Hannover, 19. September 2013

## **Landtag beginnt mit Haushaltsberatungen – GEW verstärkt den Druck auf die Regierungsfractionen**

### **Individuelle Förderung nach der kollektiven Nachhilfestunde mit 10.000 Lehrern vor dem Landtag – GEW-Chef Brandt: „Jede/r einzelne Abgeordnete ist in der Verantwortung“**

In der kommenden Woche berät der Niedersächsische Landtag in erster Lesung den Landeshaushalt 2014 und damit auch die Pläne der rot-grünen Landesregierung, den Lehrern die versprochene Altersermäßigung zu streichen und die Unterrichtsverpflichtung für die Gymnasiallehrer um eine Stunde zu erhöhen. „Wir nutzen den Verlauf der Haushaltsberatungen, um politischen Druck auf die Abgeordneten von SPD und Grünen auszuüben. Bei einer Ein-Stimmen-Mehrheit im Parlament ist jeder einzelne Abgeordnete in der Verantwortung. Die Kolleginnen und Kollegen in den Schulen dürfen nicht dafür herhalten, die unzureichende Finanzierung der Bildungsreformen im Wert von 80 Millionen Euro durch Mehrarbeit auszugleichen“, teilte der GEW-Vorsitzende Eberhard Brandt heute in Hannover mit.

Die GEW fordert die Kollegien in den Schulen auf, die örtlichen Abgeordneten der Regierungsfractionen an die Schulen einzuladen, damit sie im direkten Gespräch einen Eindruck von der enormen Arbeitsbelastung bekommen und sich im persönlichen Gespräch mit den Lehrerinnen und Lehrern erklären müssen. „Nach der kollektiven Nachhilfestunde am 29. August, als wir mit über 10.000 Kolleginnen und Kollegen vor dem Landtag demonstrierten, folgt nun die individuelle Förderung“, erklärte Brandt. Die GEW sei der Überzeugung, dass gemeinsam mit Eltern und Schülern persönliche Überzeugungsarbeit bei den Abgeordneten geleistet werden müsse, in den Fraktionen von SPD und Grünen zu beantragen, den Kultusetat um mindestens 80 Millionen zu erhöhen und dadurch die angekündigten Zusatzbelastungen abzuwenden. „SPD und Grüne haben versprochen, der Bildung höchste Priorität einzuräumen, sie haben den Kultushaushalt erhöht und Reformen initiiert. Das sind schwere Aufräumarbeiten nach den Versäumnissen und Fehlern, die die schwarz-gelbe Landesregierung hinterlassen hat. Die Reformen z.B. im Ganztags- und für Gesamtschulen und Gymnasien und Verbesserungen für alle Schulformen und die Inklusion sowie die Weiterentwicklung der beruflichen Bildung hat die GEW seit langer Zeit eingefordert. In dieser Situation darf Rot-Grün den Kolleginnen und Kollegen, die sich für diese Reformen einsetzen, jetzt nicht in die Kniekehlen treten“, so Brandt.

### **Argumentationsmaterial für die Veranstaltungen in den Schulen**

Um die Aktivitäten in den Schulen zu unterstützen, versendete die GEW Niedersachsen heute einen Brief an alle Schulen sowie Argumentationsmaterial zur Arbeitsbelastung von Gymnasiallehrkräften und zu den Vorstellungen der GEW für eine berufsspezifische Altersregelung. Dazu gehören die Altersermäßigung, attraktive Modelle für Altersteilzeit sowie eine berufsspezifische Altersgrenze.

Die GEW benennt hier zehn weitere Faktoren, durch die die schwarz-gelbe Landesregierung in den letzten zehn Jahren die Arbeitsbelastung an den Gymnasien und an allen gymnasialen Oberstufen erhöht hat. Diese wurden in der Öffentlichkeit oft nicht wahrgenommen und sind den Landtagsabgeordneten in der Regel unbekannt. Es ist reicht nicht aus, die Arbeitsbelastung ausschließlich an der Wochenstundenverpflichtung zu messen und zu vergleichen, wie es die Landesregierung macht. Die angekündigte Anhebung der Unterrichtsverpflichtung ist der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt.

„An allen Schulformen erwarten unsere Kolleginnen und Kollegen Entlastung, und keine zusätzliche Belastung“, schlussfolgerte Brandt. Gleiches gelte für die Altersermäßigung, die Rot-Grün streichen will. Aktuell geht nur jeder fünfte Lehrer mit 65 Jahren in den Ruhestand; alle anderen scheiden vorher aus, weil sie nicht mehr genügend Kraft haben. „Wir müssen hier dringend über einen gesundheitserhaltenden und fließenden Übergang vom aktiven Schuldienst in den Ruhestand reden.“

Den heute verbreiteten Aufruf der GEW sowie die Argumentationspapiere finden Sie im Anhang.

Verantwortlich: Richard Lauenstein